



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Ulrich Singer, Christoph Maier, Richard Graupner, Andreas Winhart, Johannes Meier, Gerd Mannes, Benjamin Nolte, Markus Walbrunn, Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid, Matthias Vogler, Dieter Arnold, Oskar Atzinger, Jörg Baumann, Franz Bergmüller, Martin Böhm, Rene Dierkes, Christin Gmelch, Daniel Halemba, Martin Huber, Andreas Jurca, Florian Köhler, Oskar Lipp, Stefan Löw, Ferdinand Mang, Harald Meußgeier, Johann Müller, Ralf Stadler, Ramona Storm, Markus Striedl** und **Fraktion (AfD)**

### Familien stärken statt Ideologie fördern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- von der in der Kabinettsitzung vom 16. Juni 2026 beschlossenen „Agenda für Vielfalt und gegen Ausgrenzung“ Abstand zu nehmen,
- keine Haushaltsmittel für Maßnahmen, Projekte, Kampagnen, Beteiligungsformate, externe Beratungsleistungen oder Förderprogramme bereitzustellen, die der Vorbereitung, Begleitung oder Umsetzung des „Bayerischen Aktionsplans QUEER“ dienen,
- die rückläufige Geburtenrate in Bayern als erhebliches demografisches Zukunftsproblem des Freistaates anzuerkennen und dem Landtag ein ressortübergreifendes Maßnahmenkonzept zur Stärkung von Ehe, Familie, Elternschaft, Kinderreichtum und generationenübergreifendem Zusammenhalt vorzulegen,
- das Auslaufen des Bayerischen Familiengeldes für neue Geburtsjahrgänge bzw. die Streichung des ursprünglich angekündigten Kinderstartgeldes politisch zu korrigieren und Familien mit kleinen Kindern wieder durch verlässliche direkte Landesleistungen zu unterstützen.
- Familien bei den Elternbeiträgen für die Kinderbetreuung zu unterstützen,
- ein Wohnbauprogramm aufzulegen, das Familien den Erwerb von Wohneigentum wieder erleichtert, statt indirekt den Kinderbonus zu kürzen,
- bestehende und geplante Mittel im Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales vorrangig für Maßnahmen zur Stärkung der Kinderbetreuung, traditioneller Familienwerte, konkreter Unterstützungsangebote für Familien mit Kindern, der Ehe- und Familienberatung, der Elternbildung, der Anerkennung von Erziehungsleistung, der Elternverantwortung sowie des Zusammenhalts der Generationen einzusetzen,
- die Einführung eines jährlichen „Bayerischen Tages für Ehe, Familie und Kinder“ zu prüfen, der die gesellschaftliche Bedeutung von Ehe, Familie, Elternschaft, Kindern, Fürsorge, Verantwortung und generationenübergreifendem Zusammenhalt sichtbar macht.

**Begründung:**

Ein Leben ohne Angst, Gewalt, Bedrohung und rechtswidrige Benachteiligung muss für jeden Menschen in Bayern selbstverständlich sein. Die freie Entfaltung der Persönlichkeit und der Schutz der Privatsphäre gehören zu den Grundlagen unseres Rechtsstaates. Gerade deshalb braucht es keine gruppenbezogenen Sonderprogramme, sondern eine konsequente Anwendung des geltenden Rechts für alle Bürger gleichermaßen.

Die „Agenda für Vielfalt und gegen Ausgrenzung“ und der darin enthaltene „Aktionsplan QUEER“ setzen aus unserer Sicht die falschen politischen Prioritäten. Der Staat darf nicht den Eindruck erwecken, einzelne Identitätsgruppen besonders herauszuheben und dauerhaft mit eigenen Förderstrukturen, Beratungsangeboten und Sensibilisierungsprogrammen auszustatten, während die klassische Familie als tragende Säule unserer Gesellschaft immer weiter an den Rand gedrängt wird. Gleichbehandlung bedeutet nicht, immer neue Sonderprogramme aufzulegen, sondern gleiche Rechte, gleiche Pflichten und gleichen Schutz für alle.

Besonders kritisch ist dies dort, wo Kinder und Jugendliche betroffen sind. Kitas, Schulen und Jugendeinrichtungen dürfen nicht zum Experimentierfeld weltanschaulich aufgeladener Konzepte zu Geschlechtsidentität, Transgender, nicht-binären Selbstdefinitionen oder zur Relativierung biologischer Zweigeschlechtlichkeit werden. Kinder brauchen Schutz, Orientierung, Stabilität und verlässliche Bezugspersonen. Die Erziehung liegt zuvörderst bei den Eltern. Der Staat hat dieses Elternrecht zu achten und darf es nicht durch aufdringliche Sensibilisierungs-, Beratungs- oder Bildungsprogramme unterlaufen.

Hinzu kommt, dass die internationale Debatte über medizinische Maßnahmen bei Minderjährigen im Zusammenhang mit Geschlechtsdysphorie längst zeigt, wie sensibel und risikobehaftet dieses Feld ist. Gerade bei Pubertätsblockern, Hormonbehandlungen und anderen schwer reversiblen Eingriffen ist äußerste Zurückhaltung geboten. Die wissenschaftliche Evidenz zu langfristigem Nutzen und Risiken ist keineswegs so eindeutig, wie es politische Aktivisten häufig darstellen. Minderjährige dürfen nicht in besonders vulnerablen Lebensphasen zu Entscheidungen gedrängt werden, deren körperliche, psychische und biografische Folgen sie noch gar nicht vollständig überblicken können. Erst recht dürfen Maßnahmen dieser Tragweite nicht gegen die Überzeugung der Eltern erfolgen.

Der Freistaat muss seine politischen, finanziellen und symbolischen Prioritäten neu ordnen. Statt Steuergelder in identitätspolitische Aktionspläne, neue Förderbürokratie und immer weitere Beratungsstrukturen zu lenken, muss die Politik endlich dort ansetzen, wo die Zukunft unseres Landes tatsächlich entschieden wird: bei unseren Familien.

Bayern braucht keine Umerziehungspolitik, die traditionelle Leitbilder von Ehe, Familie, Mutter, Vater und Kindern schrittweise verdrängt. Bayern braucht eine Politik, die die aus Vater, Mutter und Kindern bestehende Familie wieder sichtbar wertschätzt, schützt und stärkt. Der Freistaat muss den verfassungsrechtlich geschützten besonderen Rang von Ehe und Familie selbstbewusst verteidigen.

Das ist auch angesichts der demografischen Entwicklung zwingend notwendig. Die zusammengefasste Geburtenziffer in Bayern lag im Jahr 2025 nur noch bei 1,39 Kindern je Frau, 2021 waren es noch 1,61 Kinder je Frau. Damit liegt Bayern weit unter den erforderlichen 2,1 Kindern je Frau. Diese Entwicklung ist kein statistisches Randphänomen, sondern ein ernstes demografisches Warnsignal für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Wenn dauerhaft zu wenige Kinder geboren werden, fehlen künftig Familien, Fachkräfte, Beitragszahler, Pflegekräfte, Handwerker, Unternehmer, Polizisten, Soldaten und die Träger unseres kulturellen und gesellschaftlichen Lebens.

Wer Familien stärken will, muss sie konkret entlasten. Dazu gehören direkte finanzielle Unterstützung, verlässliche Leistungen für Eltern und Geschwisterkinder, eine Eindämmung steigender Elternbeiträge bei der Kinderbetreuung und vor allem bezahlbarer Wohnraum für Familien. Steuergelder müssen deshalb dorthin fließen, wo sie der Zukunft Bayerns dienen: in Familien, Kinder, Wohnen und Bildung. Der Aktionsplan QUEER setzt aus unserer Sicht die falschen Schwerpunkte. Bayern braucht keine identitätspolitische Förderagenda, sondern eine kraftvolle Familienagenda.